5 10. JAHRGANG MAI 1974

Internationales AFRIKA FORUM

B 20394 E

HERAUSGEBER:

EUROPÄISCHES INSTITUT FÜR POLITISCHE, WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE FRAGEN E.V.

Inhalt:	Seite	Seite
NEUES IN KURZE		ZU GAST IN BONN
Überblick		M. Bachir Ould-Ronis
CHRONIK DES MONAT	rs	AFRIKANISCHE PROBLEME
Agypten Libyen	264 265 266 268 270 273 274	Bruno Bandulet: Der Guerillakrieg in Angola, Rhodesien und Mozambique
Deutschland/Afrika	279	BUCHBESPRECHUNGEN 309

Perspektiven der politischen Entwicklung Süd- und Südwestafrikas

Der folgende Beitrag knüpft an verschiedene andere, südafrikanischen Problemen gewidmete Aufsätze des IAF an, darunter die Beiträge in IAF vol. 7 Nr. 11 (1971.11), S. 652—656, vol. 7 Nr. 12 (1971.12), S. 731 bis 736, vol. 8 Nr. 9/10 (1972.9), S. 552—558 und vol. 8 Nr. 11/12 (1972.11), S. 660—666.

A. Vorbemerkungen

Die künftige politische Entwicklung Süd- und Südwestafrikas wird nicht zuletzt durch den Weg beeinflußt werden, den die ihnen geographisch benachbarten und heute wirtschaftlich enger denn je zuvor verbündeten portugiesischen Übersee-Territorien Mozambique und Angola einschlagen werden. Angesichts der derzeit noch nicht durchschaubaren Lage in Portugal selbst wie auch seinen afrikanischen Besitzungen erscheint insofern jeder Versuch der Aufzeichnung voraussichtlicher Entwicklungen nicht nur verfrüht, sondern unmöglich. Andererseits sind in Süd- und Südwestafrika eine Reihe von Entwicklungen erkennbar, die die künftigen politischen Strukturen beider Gebiete ganz maßgeblich mitprägen werden. In diesem Zusammenhang interessieren zunächst die Versuche schwarzer Verantwortlicher, ihre Standpunkte und ihr Vorgehen gegenüber der weißen Regierung in Pretoria möglichst weitgehend miteinander abzusprechen. Von ganz besonderer Bedeutung ist die Antwort auf die Frage, ob Anzeichen dafür erkennbar sind, daß die weißen Machthaber willens sind, sich mit den Führern der schwarzen wie auch der gemischtrassigen und indienstämmigen Bewohner des Landes auf einen echten Dialog über ihre politische und wirtschaftliche Zukunft einzulassen. Schließlich erlauben Verlauf und Ergebnisse der im April 1974 abgehaltenen Wahlen zu den weißen Parlamenten in Süd- und Südwestafrika Schlüsse auf die künftige Entwicklung beider Gebiete.

B. Beginn eines internen Dialoges in Süd- und Südwestafrika?

Wie hinreichend bekannt, ist das Konzept der Apartheid oder Getrennten Entwicklung ausschließlich von Weißen konzipiert worden. Vertreter des schwarzen Bevölkerungsteils (ca. 70 % der Gesamtbevölkerung), der Coloureds (ca. 10 % der Gesamtbevölkerung) und der indienstämmigen Südafrikaner (ca. 3 % der Gesamtbevölkerung) sind bei der Konzipierung dieser Politik überhaupt nicht, bei ihrer Implementierung bestenfalls gelegentlich konsultiert worden. Es erscheint nicht unbezeichnend, daß der Chief Executive Councillor des noch südafrikanischen KwaZulu und schon seinerzeit der mit Abstand bedeutendste schwarze Politiker Südafrikas, Gatsha Buthelezi, noch im Sommer 1971 — auf einer Reise durch die USA auf seine Eindrücke von dem südafrikanischen Premierminister angesprochen — zu Recht

antwortete, daß er Vorster nicht kenne. Charakteristisch war ferner, daß es an ernsthaften Versuchen schwarzer Verantwortlicher, ihr Vorgehen miteinander abzusprechen, ganz mangelte. Dies letztere galt erst recht, was die Aufnahme von Kontakten zwischen Schwarzen, Gemischtrassigen und Indienstämmigen anbelangt.

Es hat den Anschein, als habe sich hier insbesondere in den zurückliegenden anderthalb Jahren vieles, wenn auch vielleicht noch nicht Entscheidendes geändert. Eine zentrale Rolle spielen in diesen Auseinandersetzungen die Verantwortlichen der schwarzen "Heimatländer". Dabei ist zu beachten, daß wohl keiner von ihnen die Politik der Getrennten Entwicklung in ihrer gegenwärtig praktizierten Version gutheißt¹). Viele von ihnen, wie etwa H. Ntsanwisi und G. Buthelezi, haben ihre heutigen Positionen innerhalb des von den Weißen für sie entwickelten Systems nur eingenommen, um so über eine "legal platform" zu verfügen, von der aus sie die Verhältnisse in Südafrika zu ändern suchen.

I. Beginn eines Dialoges zwischen Schwarz und Schwarz?1. Die Konferenz von Umtata

Sehr viel stärker als dies in Europa zum Ausdruck gekommen ist, diente die "Homeland Summit Conference"2), die am 8. November 1973 in Umtata (Transkei, Südafrika) stattfand, einer Koordinierung der Forderungen, mit denen die Führer der schwarzen Heimatländer Südafrikas jetzt und in Zukunft die weiße Regierung und das weiße Parlament konfrontieren werden3). Es hat den Anschein, als habe die Diskussion des Problemkreises "Föderation der Bantu-Heimatländer Südafrikas' sehr viel eher den Rahmen für eben solche Koordinierungsabsprachen als für konkrete Erörterungen eines solchen Zusammenschlusses geboten. Die Führer der Heimatländer werden sich, in den Worten von L. Mangope, gemeinsam darum bemühen "to find solutions to the indignities, deprivation, inequalities and lack of opportunity suffered by the black man"4). In diesem Zusammenhang stand auch in Umtata die Forderung nach mehr Land im Vordergrund; bekanntlich haben die Verantwortlichen nahezu aller Heimatländer in den zurückliegenden Jahren in schärfer werdender Form darauf hingewiesen, daß sie den ihnen von den Weißen aufoktroyierten Bantu Trust and Land Act of 1936 nicht als für die Schwarzen verbindlich anerkennen. Dieses Gesetz sieht vor, daß den schwarzen Südafrikanern, die heute, wie bereits erwähnt, 70 % der Gesamtbevölkerung ausmachen, 13,5 % der Gesamtfläche der Republik Südafrika (d. i. allerdings ein sehr viel höherer Prozentsatz der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche der an Wüsten und Halbwüsten reichen Republik Südafrika) zustehen. Immer wieder haben sie gefordert, ihren Völkern, auf Kosten der Weißen, durch eine tiefgreifende Konsolidierung der geographisch völlig zerrissenen Heimatländer⁵) sehr viel mehr Land zuzugestehen⁶). Ferner wurden auch in Umtata Mittel und Wege diskutiert, um die bestehende Diskriminierung der schwarzen Südafrikaner abzubauen, jene Diskriminierungen, denen sie im sozialen und wirtschaftlichen Bereich, hier insbesondere im Arbeitsleben, ausgesetzt sind. Beiläufig sei in diesem Zusammenhang auf die vielleicht nicht hoch genug einzuschätzende Bedeutung des seit 1973 insbesondere in Natal vor allem auf Initiative Gatsha Buthelezis und seines Ministers für Fragen des Community Development, B. I. Dladla, und gegen den Willen der Exilgewerkschaft SACTU (South African Congress of Trade Unions) in Gang gekommenen Aufbaus nicht registrierter schwarzer Gewerkschaften hingewiesen.

2. Die National Convention (Südwestafrikas)

Ende 1971 gründeten wohl neun, in vielen Fällen ganz, in anderen fast vollständig auf ethnischer Basis operierende, in der Mehrzahl äußerst mitgliedsschwache politische Gruppen schwarzer Südwestafrikaner die National Convention oder, wie sie sich auch gelegentlich nennt, die National Convention of Freedom Parties. Zu ihren Mitgliedern zählen heute neben der bei weitem wichtigsten South West African People's Organisation (SWA-PO) die National Unity Democratic Organisation (NUDO), die South West African National Union (SWANU), die Rehoboth Volksparty (Organisation der Rehobother Basters), die Voice of the People (Organisation der Namas und Damaras) sowie schließlich die Namib African People's Democratic Organisation. Ihnen allen ist gemein, daß sie die Apartheid-Politik Pretorias zumindest nach außen hin einschränkungslos verurteilen und, anders als etliche der Führer der südafrikanischen Heimatländer. sich auch nicht der Institution der Heimatländer bedienen, um ihre Vorstellungen von der Notwendigkeit der Veränderung des Systems zu propagieren.

Gemäß ihrer Verfassung hat sich die National Convention die folgenden Ziele gesetzt:

- To unite the suppressed nations of Namibia into one national unity.
- 2. To fight for total freedom and independence for the population of Namibia.
- 3. To eliminate group identity, tribal identity and racial identity, based on colour and economic status amongst the nations of Namibia.
- 4. To develop the educational, moral, hygienic, social, cultural and economic progress of the Namibians.
- 5. To create and protect the democratic freedom, principles and rights in Namibia.
- To co-operate with all committed organisations in Africa and other parts of the world for the purpose of terminating and eliminating racial suppression and economic exploitation in Africa and in other parts of the world.

Für die bislang nahezu vollständige Erfolglosigkeit der Arbeit der National Convention ist nicht nur der Umstand verantwortlich zu machen, daß die Verantwortlichen in Pretoria und Windhoek alles daran setzen werden, ihre Erstarkung zu verhindern. Vielmehr zeigt sich auch hier — anders als in der Republik Südafrika — das keineswegs nur durch Verhaftungsaktionen der lokalen Behörden heraufbeschworene Fehlen politischer Führer, die auch über die in Südwestafrika so sehr ausgeprägten ethnischen Gegensätze hinweg als solche anerkannt werden. Es bleibt abzuwarten, inwieweit es der heute in Südwestafrika nicht mehr nur unter den Ovambos sehr aktiven SWAPO Youth League trotz aller Behinderungen ihrer Arbeit durch die lokalen Behörden gelingt, hier, in ihrem Sinne, Abhilfe zu schaffen.

II. Beginn eines Dialoges zwischen Weiß und Schwarz?

In den zurückliegenden Jahren hat es in erheblich zunehmendem Maße Kontakte zwischen weißen und nichtweißen Verantwortlichen gegeben. Dabei sind hier jene Gespräche von geringerem Interesse, die Weiße mit Vertretern der Coloureds und, hier mit anscheinend erheblichem Erfolg, mit indienstämmigen Südafrikanern geführt haben. Von zentraler Bedeutung sind dagegen die Kontakte zwischen u. a. weißen Kabinettsmitgliedern und den Führern der Heimatländer. Wenn darüber oft kaum etwas oder gar nichts bekannt wurde, so ist dies angesichts der so konservativen Einstellung sehr vieler weißer südafrikanischer Wähler, die solchen Gesprächen und Verhandlungen zumindest skeptisch gegenüberstehen, nur zu begrüßen. Um so erstaunlicher ist, daß verschiedene Kabinettsmitglieder, darunter Vorster selbst, sich am 6. März 1974, also nur wenige Wochen vor den Wahlen zu den weißen Parlamenten, mit den Verantwortlichen der acht südafrikanischen Heimatländer trafen und die südafrikanische Öffentlichkeit darüber relativ umfassend unterrichtet wurde⁷).

1. Die Konferenz von Pretoria

Die Konferenz von Pretoria⁸) war, wohl auf Initiative ihrer schwarzen Teilnehmer, einberufen worden, um eine Reihe beide Seiten interessierende Themenkreise zu besprechen. Es hieße die Machtverhältnisse in Südafrika grob verkennen, wollte man annehmen, daß Vorster und seine Kollegen mit den schwarzen Führern die Frage diskutiert hätten, ob Südafrika den einmal eingeschlagenen Weg der Getrennten Entwicklung verlassen oder weitergehen solle. Jeder Versuch eines schwarzen Politikers, an dieser Entscheidung der weißen Wähler, die dieses System seit mindestens 1948 stützen, zu rütteln, hätte unweigerlich zu einem 'dialogue des sourds' geführt, m. a. W. alle Kritik der schwarzen Gesprächspartner an den so zahlreichen Ungerechtigkeiten des Systems, an der dem System in seiner heutigen Version innewohnenden Heuchelei, mußte sich, um von der anderen Seite beachtet zu werden, innerhalb der hier allerdings insofern sehr weit gesteckten Grenzen der Getrennten Entwicklung halten. Hier sahen sich Vorster und seine weißen Kollegen wiederum mit all jenen, oft an Schärfe nichts zu wünschen übriglassenden Forderungen konfrontiert, die die schwarzen Politiker Südafrikas seit einigen Jahren mit zunehmender Heftigkeit — und vollauf zu Recht! — vorbringen. Das gilt insbesondere für die von Vorster abermals zurückgewiesene Forderung nach Zuteilung von mehr Land an die schwarzen Völker Südafrikas. In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, daß Vorster mit dieser Weigerung gewiß nicht nur der Haltung der großen Mehrheit der Anhänger und Mitglieder seiner eigenen Partei, der Nationalist Party (NP), sondern auch der der Anhänger und Mitglieder der weitaus größeren Oppositionspartei United Party (UP) entsprach. Andererseits gibt es in diesen beiden Parteien sowie gerade unter der geistigen Elite des afrikaanssprachigen Teils der weißen Bevölkerung eine große Zahl von Persönlichkeiten, die ohne jeden Vorbehalt u. a. die Forderung nach einer gerechten Aufteilung des Landes unter den weißen, schwarzen, gemischtrassigen und indienstämmigen Südafrikanern anerkennen.

Es bleibt abzuwarten, ob der Pragmatiker Vorster auch in Zukunft an seiner in dieser Frage wirklich starren Haltung festhalten wird. Anders als etwa sein Minister für Fragen der Bantu Administration and Development, M. C. Botha, und dessen nicht wenige politische Freunde im südafrikanischen Kabinett sieht Vorster wohl die Unhaltbarkeit der gegenwärtigen Positionen sehr klar. Dies kam, soweit Einzelheiten über den Konferenzverlauf nach außen gedrungen sind, in versteckter Form auch bei der Diskussion der anderen Tagungsordnungspunkte in Pretoria zum Ausdruck, d. w. vor allem Aspekte der rassischen Diskriminierung (sogenannte ,petty apartheid'), insbesondere Fragen der Diskriminierung am Arbeitsplatz, das von den schwarzen Gesprächspartnern beklagte Mißverhältnis zwischen ihrem Steueraufkommen und dem Umfang entwicklungspolitischer Investitionen in den Heimatländern. Auch wenn Vorster den schwarzen Politikern wohl nicht eine einzige konkrete Zusage machte, so erscheint dennoch das Wort G. Buthelezis⁹), vollauf gerechtfertigt, das Treffen von Pretoria stelle "a big break-through" dar. Nur pure Ignoranz kann zu dem Schluß verleiten, Vorster habe hier mit Marionetten diskutiert. Besondere Beachtung sollte finden, daß sich die Gesprächsrunde schließlich darauf einigte, noch in diesem Jahr eine weitere Konferenz abzuhalten, während derer ausschließlich die Probleme jener schwarzen Bewohner des Landes erörtert werden sollen, die außerhalb der Heimatländer leben ("urban Blacks", die etwa 50 % der schwarzen Gesamtbevölkerung des Landes ausmachen). Es bleibt abzuwarten, wie das südafrikanische Kabinett auf die Anregung P. Lengenes¹⁰), des Vorsitzenden des SOWETO Urban Bantu Councils reagieren wird, zu diesem Treffen auch Vertreter der städtischen Schwarzen einzuladen (die sich nach bislang offizieller Lesart nur temporär im "weißen" — in Wahrheit multirassischen — Teil Südafrikas aufhalten). Während dieser zweiten Konferenz wird an Vorster und seine Kollegen von schwarzer Seite mit absoluter Sicherheit die Forderung herangetragen werden, den schwarzen Bewohnern des "weißen" Teils Südafrikas, etwa nach dem Vorbild des rechtlichen Status der gemischtrassigen und indienstämmigen Südafrikaner, die dieses Recht seit langem haben, die Befugnis einzuräumen, innerhalb ihrer ,townships' Grundeigentum zu erwerben. Geschähe dies, so würde u.a. die rechtliche

Grundlage zum Abschieben erwerbsunfähiger schwarzer Südafrikaner durch die weißen Behörden in die Heimatländer entfallen. Daß die südafrikanische Regierung heute überhaupt bereit ist, solche die Grundlagen ihrer Politik berührende Fragen mit — das sollte spätestens die Konferenz von Pretoria mit aller gebotenen Deutlichkeit gezeigt haben — in der Mehrzahl extrem kritischen schwarzen Politikern zu diskutieren, stellt ein absolutes Novum dar. Das gilt erst recht, berücksichtigt man, daß diese Diskussionen kurz vor einer Wahl stattfanden, an der eine mehrheitlich sehr konservative weiße Wählerschaft beteiligt war. Die Bedeutung dieses Durchbruchs kann, langfristig gesehen, wohl nicht hoch genug eingeschätzt werden.

2. Die Erklärung von Mahlabatini

Anders als Angehörige der kleinen (weißen) Oppositionspartei Progressive Party, die weiterhin einer Politik der sozialen, wirtschaftlichen und auch politischen Integration das Wort redet, haben die Offiziellen der wesentlich stärkeren, im Grunde konservativen Oppositionspartei United Party bis vor kurzem nur recht wenige Kontakte zu schwarzen, gemischtrassigen und indienstämmigen Südafrikanern unterhalten. Ein wichtiger Einbruch gelang hier dadurch, daß in der zweiten Jahreshälfte 1973 der Vorsitzende der Coloured Federal Party und Vorsitzende des Coloured Persons' Representative Council (d. i. das Legislativorgan der Coloureds), Tom Swartz, sowie — wichtiger — der Chief Minister des Heimatlandes Gazankulu, H. Ntsanwisi, an dem Kongreß der United Party von Transvaal nicht nur teilnahmen, sondern auch Ansprachen hielten.

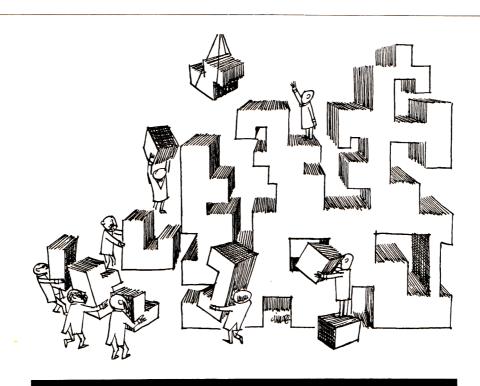
Von sehr viel größerer Bedeutung ist aber die Erklärung von Mahlabatini, die, beide allerdings nur in ihrer Eigenschaft als Privatpersonen, der Vorsitzende der UP von Transvaal und führender Jungtürke seiner Partei, Harry Schwarz, und Gatsha Buthelezi Anfang 1974 in Mahlabatini, KwaZulu, unterzeichneten¹¹). Ihr folgte Ende März 1974 eine inhaltlich weitgehend ähnliche Erklärung, zu deren Verfassern wiederum Harry Schwarz und jetzt ein führendes Mitglied der UP aus Natal, M. Mitchell, sowie der Chief Minister von Lebowa, Cedric Phatudi, gehörten¹²).

In beiden Erklärungen werden insbesondere das Erfordernis ständiger Konsultationen zwischen den Vertretern aller Bevölkerungsgruppen, die Notwendigkeit einer gerechten Aufteilung der Ressourcen des Landes sowie die Erkenntnis betont, daß die Zukunft Südafrikas statt in einer Fragmentierung in eine Vielzahl von Staaten in einem föderalen Staatswesen liege¹³). Weiter wird darauf verwiesen, daß jede künftige Verfassung Südafrikas die Identität und Kultur der verschiedenen Bevölkerungsgruppen des Landes sicherstellen und einen Grundrechtskatalog enthalten müsse. Schließlich wird betont, daß "Change in South Africa must be brought about by peaceful means". In diesem Zusammenhang sei beiläufig erwähnt, daß — außerhalb Südafrikas, aus welchen Gründen auch immer, nur allzu oft ignoriert — auch so erbitterte Gegner der gegenwärtigen südafrikanischen Rassenpolitik wie der Leiter des Christlichen Instituts, Pastor Dr. Beyers Naude, der Leiter des SA Institute of Race Relations, Fred van Wyck, der katholische Erzbischof von Durban, Denis Hurley, der anglikanische Bischof A. Zulu und der Präses der Evangelisch-Lutherischen Kirche (in Südwestafrika), Dr. de Vries, sich immer wieder gegen Versuche ausgesprochen haben, die Herrschaftsverhältnisse in Süd- und Südwestafrika mit Gewalt zu ändern. Klarer als außerhalb Süd- und Südwestafrikas lebende Kritiker sehen sie die Folgen, die der Versuch eines bewaffneten Aufstandes, eines viele Jahre dauernden Bürgerkrieges insbesondere für die unterprivilegierten Bewohner des Landes haben würde.

3. Zur Arbeit des Prime Minister's Advisory Council for South West Africa

In der Folge des inzwischen auf Initiative der Organisation für Afrikanische Einheit und ihrer Mitgliedstaaten für gescheitert erklärten Dialoges zwischen den Vereinten Nationen und der Regierung in Pretoria wurde 1972/73

der Prime Minister's Advisory Council for South West Africa gegründet. In ihm sollen Vertreter aller Bevölkerungsgruppen¹⁴), darunter insbesondere die der zehn südwestafrikanischen Heimatländer und der Weißen, Probleme von gemeinsamem Interesse erörtern. Unter den Mitgliedern dieses Gremiums sind nicht Angehörige jener Gruppen, die den oben bereits erwähnten National Convention zu bilden versuchen. Diesem Beratergremium gehören vielmehr Mitglieder der südwestafrikanischen Bantustan-Verwaltungen (oder dort aktiver Oppositionsparteien, so im Falle der Namas und der Rehobother Basters) an, über deren Legitimierung sich in vielen Fällen gewiß sehr streiten läßt¹⁵). Es hat den Anschein, als seien während der ersten Sitzungen dieses regelmäßig tagenden Gremiums vor allem Fragen der wasser- und landwirtschaftlichen Erschließung der Heimatländer, der Beseitigung von diskriminierenden Maßnahmen vor allem am Arbeitsplatz, die Aufhebung von die Bewegungs-



Informationen werden hier zusammengetragen, hochaktuelle Recherchen, Analysen, Kommentare – Details, die wie Zahnräder ineinandergreifen, die als Ganzes gesehen einen klaren, umfassenden Überblick vermitteln: »teamwork«! Spezialisierte Experten erleichtern den Führungskräften der Gesellschaft alle wichtigen Entscheidungen

Machen Sie die Probe auf's Exempel – engagieren Sie sich höchst privat ein hundertfach bewährtes team: lesen Sie den neuen RHEINISCHEN MERKUR – und namhafte Experten präsentieren Ihnen alle wesentlichen Informationen zum Thema Politik, Kultur und Wirtschaft. Bitte schicken Sie uns gleich Ihren ausgefüllten Gutschein zu.

GUTSCHEIN

RHEINISCHER MERKUR ·
54 Koblenz · Postfach 2260
Bitte senden Sie mir kostenlos
das neueste Exemplar
RHEINISCHER MERKUR
Name:_______
Wohnort mit
Postleitzahl:______
Straße:

Rheinischer Merfur

Die aktuelle Wochenzeitung für Politik, Kultur und Wirtschaft

freiheit innerhalb Südwestafrikas beschränkenden Maßnahmen und Fragen der militärischen Sicherheit erörtert worden¹⁶). So unvollkommen die Beratungen innerhalb dieses Gremiums auch (noch?) sein mögen, so wird man doch festzustellen haben, daß die Erkenntnis der Verantwortlichen in Pretoria gewachsen ist, die von ihnen selbst für gut befundene Politik den betroffenen schwarzen und gemischtrassigen Völkern Südwestafrikas nicht schlicht aufoktroyieren zu können. Allerdings wäre jeder Versuch, die Qualität der Beratungen innerhalb dieses Beratungsgremiums, die Schärfe der Debatten mit Qualität und Härte der Auseinandersetzungen während der Konferenz von Pretoria am 6. März 1974 vergleichen zu wollen, zum Scheitern verurteilt. Die südwestafrikanischen Heimatländer verfügen einfach nicht über Persönlichkeiten von der Bedeutung eines H. Ntsanwisi, eines Gatsha Buthelezi, eines Cedric Phatudi, eines Lucas Mangope oder auch eines Kaisers Mantanzima.

C. Die süd- und südwestafrikanischen Parlamentswahlen von April 1974

Bei den Wahlen vom 24. April 1974 waren - sowohl in Südafrika als auch in den vier Provinzen der Republik und in Südwestafrika, das bekanntlich einen Status hat, der dem einer fünften Provinz der Republik sehr nahe kommt nur knapp vier Millionen Weiße (d. s. etwa 17 % der Gesamtbevölkerung des Landes) stimmberechtigt. Nicht stimmberechtigt waren die inzwischen über 16 Millionen schwarzen, über zwei Millionen gemischtrassigen und etwa 650 000 indienstämmigen Südafrikaner. Denn entsprechend den Regeln der in Südafrika wie auch Südwestafrika praktizierten Politik der Getrennten Entwicklung üben die schwarzen Südafrikaner ihre politischen Gestaltungsrechte innerhalb der in einem evolutionären Prozeß aus Süd- und Südwestafrika auszugliedernden und in die staatliche Unabhängigkeit zu entlassenden Heimatländern (acht in Südafrika, acht weitere im so bevölkerungsarmen Südwestafrika¹⁸⁾) aus. Dasselbe gilt für zwei südwestafrikanische Untergruppen der Coloureds, nämlich die Rehobother Basters und die Namas. Die übrigen Coloureds sowie die indienstämmigen Südafrikaner sollen sich als Staat der Coloureds bzw. als Staat der indienstämmigen Südafrikaner im Staat der Weißen (ohne von diesem territorial abgegrenzt zu sein) organisieren und hier ihre zentralen politischen Organe wählen¹⁹).

I. Die rassenpolitischen Vorstellungen der weißen Parteien

Wie hinreichend bekannt, spielen für jede politische Partei, welcher Bevölkerungsgruppe auch immer sie angehören mag — kraft Gesetzes gibt es in Südafrika seit Ende der sechziger Jahre keine multirassischen Parteien mehr —, Konzepte zur Lösung der spezifisch südafrikanischen Rassenprobleme die mit Abstand wichtigste Rolle. Alle anderen Probleme treten demgegenüber — und das nicht nur während Wahlkämpfen — weit in den Hintergrund.

1. Das Programm der Nationalist Party

a) für Südafrika

Seit Übernahme der Regierungsverantwortung im Jahre 1948 hat die Nationalist Party (NP), von anderen politischen Gruppen der weißen Südafrikaner weitgehend unangefochten, ihre Politik der Getrennten Entwicklung konzipiert und implementiert. Die Masse der in Süd- und Südwestafrika lebenden Weißen ist heute — und das durchaus zu Recht - der Meinung, daß angesichts der enormen, von Außenstehenden in aller Regel nicht gesehenen kulturellen, wirtschaftlichen, politischen, sozialen und vor allem auch entwicklungsmäßigen Vielfalt der südafrikanischen Bevölkerung jede Basis für die Etablierung einer integrierten Gesellschaftsordnung fehlt. Ein großer Teil jener weißen Wähler, die für die Kandidaten der United Party stimmen, werden dies weniger aus Gegnerschaft zu der Politik der Getrennten Entwicklung als aus Opposition gegen eine ausgeprägt afrikaanse Partei

Für den durchschnittlichen Weißen stellt sich diese Politik als ein System dar, das allen vier Bevölkerungsgruppen des Landes einen gerechten Anteil an dessen natürlichen Ressourcen zugesteht. Ein Satz wie der des Ministers for Bantu Administration and Development, M. C. Botha, "From both experience and observation it would appear that the Bantu homelands have already become the fatherlands of the various nations, where, in consonance with the aims of the policy, peace and prosperity have been achieved for each of them"20) wird bei der Masse der Weißen auf ungeteilte Zustimmung stoßen. Die eben nicht nur mit dem Umstand, daß hier unterentwickelte Völker leben, sondern auch mit der Tatsache, daß die weißen Machthaber den schwarzen Völkern nur einen äußerst bescheidenen Anteil an den Ressourcen des Landes zugestehen²¹), zu erklärende Rückständigkeit der Heimatländer wird selten richtig gesehen. Das Faktum, daß nicht ein einziges Heimatland Südafrikas aus einem zusammenhängenden Territorium besteht, daß keines über einen eigenen Zugang zum Meer verfügt, der Umstand, daß, weil sie nur dort Arbeit finden können, etwa die Hälfte der schwarzen Südafrikaner im "weißen" (richtiger: multirassischen) Südafrika lebt und ihr Leben dort durch zahllose Demütigungen geprägt ist22), dies alles wird nur allzuoft nicht gesehen. Oft mag hier Ignoranz oder Naivität im Spiel sein; dies bei einem der wichtigsten Mitglieder des südafrikanischen Kabinetts anzunehmen, ist ausgeschlossen.

Schließlich ist nicht vorstellbar, wie die Heimatländer in ihrer gegenwärtigen Gestalt tatsächlich politisch unabhängig werden sollen. Solange sie nicht grundlegend auf Kosten des "weißen" Südafrika geographisch und wirtschaftlich konsolidiert werden, wird die Rest-Republik Südafrika sie auch nach ihrer formellen Loslösung ökonomisch noch stärker beherrschen als sie heute faktisch große Teile der Wirtschaft ihrer Nachbarn Botswana, Lesotho und Swaziland kontrolliert²³).

Nur scheinbar ist die Südafrika seit nunmehr 26 Jahren und aller Voraussicht nach auch in den nächsten Jahrzehnten so kraftvoll und im Grunde unangefochten regierende Nationalist Party jene homogene Gruppe, als die sie sich dem Außenstehenden gerne präsentiert. Denn zu Recht meint die Kapstädter Tageszeitung "The Cape Times" unter Anspielung auf die immensen Spannungen innerhalb der größeren Oppositionspartei United Party (UP) "It is only a question of time before internal tensions in Nationalist Afrikanerdom make the U.P.'s domestic squabbles seem mild in comparison²⁴). In der Nationalist Party, genauer unter ihren afrikaanssprachigen Mitgliedern, die der geistigen Elite ihres Landes oder aber auch einflußreichen Geschäftskreisen zuzurechnen sind, existiert eine weniger in quantitativer als qualitativer Hinsicht nicht hoch genug einzuschätzende Minderheit, die zwar an dem Konzept der Getrennten Entwicklung festhalten, das System im übrigen jedoch grundlegend modifizieren will. Ansatzpunkt ist das Bestreben, die dem System in seiner heutigen Version innewohnenden Ungerechtigkeiten auszumerzen. Dies soll u.a. durch eine wahrscheinlich graduell zu bewirkende Integration der Coloureds und möglicherweise auch der indienstämmigen Südafrikaner in die Gesellschaft der Weißen geschehen. Ferner ist gedacht an die großzügige geographische und wirtschaftliche Konsolidierung der Heimatländer sowie den Abbau der "petty apartheid", incl. der Diskriminierung am Arbeitsplatz²⁵). Es hat den Anschein, als bestünden erhebliche Parallelen zwischen den Vorstellungen dieser weißen Nationalisten und denen Lucas Mangopes, der, anders als etwa Gatsha Buthelezi, nicht eine Föderation. sondern eine bloße Konföderation wirtschaftlich interdependenter schwarzer und weißer Staaten anstrebt²⁶).

Der Umstand, daß es sich auch bei diesen Plänen um solche weißer Südafrikaner handelt, die ihre Vorstellungen zwar mit schwarzen Verantwortlichen diskutiert, aber nicht ausgehandelt haben sowie insbesondere die Tatsache, daß aufgrund der ökonomischen Verflechtung der vier Bevölkerungsgruppen in der Rest-Republik Südafrika auch weiterhin Millionen schwarzer Arbeitskräfte tätig sein werden, zwingt zu der Fragestellung, ob sich solchermaßen ein dauerhafter Ausgleich zwischen den Bevölkerungsgruppen Südafrikas erzielen läßt. Jedenfalls dürfte in diesem Zusammenhang zweierlei feststehen: die von den verligte Afrikaanern geforderten Reformen lassen sich wegen der so sehr konservativen Haltung der weitaus meisten Wähler mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit unter Beibehaltung des parlamentarischen Systems der Weißen nicht, zumindest aber nicht rechtzeitig, verwirklichen. Zum anderen wird auch eine von parlamentarischen Fesseln befreite südafrikanische Regierung eine mit so vielen Risiken behaftete Politik nur in die Tat umsetzen können, wenn sie, quasi als Gegenleistung für ihre eigenen Zugeständnisse, für die Rest-Republik Südafrika eine Bestandsgarantie durch zumindest die USA erhält²⁷). Es ist nicht recht ersichtlich, wie andernfalls gewährleistet werden kann, daß die weißen, die gemischtrassigen und die indienstämmigen Südafrikaner auch künftiger Generationen in diesem Land leben können.

Es sollte kein Zweifel darüber bestehen, daß die NP, hätte sie während des jüngsten Wahlkampfes ein "verligtes" Programm propagiert, diese Wahlen hoch verloren hätte. Nicht nur unter ihren übrigen Anhängern, sondern auch

unter ihren Mitgliedern, zweifelsfrei bis hinein in das Kabinett, dürften sich viele, wahrscheinlich sehr viele Wähler finden, die der am Begriff der ,baasskap', der ,white leadership' orientierten Politik der vor einigen Jahren von der NP abgespaltenen, ultra-konservativen, rassistischen Herstigte Nasionale Party (HNP) erhebliche Sympathien entgegenbringen. Auf sie mußte Vorster²⁸), der als Pragmatiker zu ganz anderen Zugeständnissen an das Konzept der ,verligtheid bereit ist, als er in der Offentlichkeit zugeben kann, auch während des zurückliegenden Wahlkampfes immer wieder Rücksicht nehmen. Von daher beschränkte er sich immer wieder darauf, von den "logischen Konsequenzen unserer Politik der Getrennten Entwicklung", die es in die Tat umzusetzen gelte, zu sprechen. Diese im Grunde nichtssagenden Andeutungen haben Vorster von seiten seiner Wähler viel Mißtrauen eingetragen. Nicht nur Anhänger der HNP und der Regierungspartei NP, sondern auch solche der zumindest bis vor kurzem einen klar konservativen Kurs steuernden UP befürchten, daß Vorster die Rassenpolitik des Landes über Gebühr liberalisieren könne.

b) für Südwestafrika

Wie bereits angedeutet, verfolgt die NP — unter Mißachtung aller völkerrechtlich allerdings alles andere als eindeutig richtigen UN-Resolutionen — auch in Südwestafrika eine Politik der Getrennten Entwicklung. Auch hier haben die weißen Machthaber bei der Aufteilung der Ressourcen des Landes die Interessen der Weißen (hier. nach den Ergebnissen der Volkszählung von 1970, ca. 90 000, d. s. ca. 12 % der Gesamtbevölkerung) sehr viel stärker berücksichtigt als die der Coloureds (nebst Rehobother Basters und Namas ca. 77 000 Menschen, d. s. etwa 10 % der Gesamtbevölkerung) und die der verschiedenen schwarzen Völker (ca. 580 000, d. s. ca. 77,5 % der Gesamtbevölkerung). Keines der Heimatländer kann seine Bevölkerung selbst ernähren, und dies trotz des Umstandes, daß sie, anders als die Heimatländer in Südafrika, alle aus einem zusammenhängenden Territorium bestehen.

Vielleicht weniger der Streit mit den Vereinten Nationen um den rechtlichen Status Südwestafrikas, im Sprachgebrauch der Vereinten Nationen ,Namibia' genannt, als die Notwendigkeit sich in diesem Streit zumindest mit den Führungsmächten der westlichen Welt zu einigen, wird die Nationalist Party womöglich zwingen, die bestehende Aufteilung Südwestafrikas in schwarzes und weißes Land grundlegend zugunsten der schwarzen Völker Südwestafrikas zu revidieren. Ob solche Vorstellungen bereits innerhalb der Führungsgremien der NP diskutiert werden, entzieht sich der Kenntnis des Verfassers dieses Beitrages. Bereits heute kann aber davon ausgegangen werden, daß schon sehr bald viele jener oft schlicht törichten Rassenschranken, "petty apartheid", fallen oder doch zumindest, wie etwa die Diskriminierung am Arbeitsplatz, gemindert werden. Viele Weiße gerade in dem so sehr von der Außenwelt isolierten Südwestafrika werden eine solche Entwicklung mit Argwohn betrachten, da sie in ihr eine zu weitgehende Liberalisierung des Systems erblicken. Andererseits ergibt sich für den Außenstehenden doch die Frage, ob hier nicht zu spät reformiert wird, ob es mit diesen Reformen noch möglich sein wird, einen dauerhaften Ausgleich zu erzielen.

2. Die Vorstellungen der von der NP abgesplitterten Gruppen

a) Herstigte Nasionale Party

Der der Herstigte Nasionale Party (HNP) zumindest nahestehende South African Observer gibt die Einstellung der relativ kleinen Zahl offener, jedoch alles andere als kleinen Zahl versteckter Anhänger der HNP zutreffend wieder, wenn er feststellt "we saw Mr. Vorster guickly come to identify himself with the Afrikaans liberal establishment . . . "31). Die HNP wird keine Sekunde zögern, dem Abbau der rassischen Diskriminierung im Berufsleben, im Sport, die teilweise erfolgte Aufhebung von Rassenschranken bei der Benutzung von Erholungsparks, von Aufzügen, von Telephonen . . ., die, entsprechend dem Gesetz von 1936 (Bantu Land and Trust Act), erfolgte Zuteilung von zusätzlichem Land an die Heimatländer³²), die seinerzeitige Aufnahme von Verhandlungen mit den UN über die Zukunft Südwestafrikas33), die Bemühungen Pretorias um einen Dialog mit anderen Staaten Afrikas, die Aufnahme eines Gesprächs mit den südafrikanischen Führern der Heimatländer von der Art der Konferenz von Pretoria kompromißlos zu verurteilen. Sie wird in solchen Maßnahmen immer den Beginn eines Ausverkaufs der Interessen des weißen Mannes, dem, nach Auffassung der HNP, alleinigen Eigentümer Süd- und Südwestafrikas, sehen. Die HNP wird erst recht alle jene Reformvorschläge verurteilen, mit denen die afrikaanssprachige Elite an Vorster herantritt.

Weder 1970 noch 1974 haben die Vertreter der HNP auch nur einen Parlamentssitz erringen können. 1974 verloren darüber hinaus — entsprechend dem südafrikanischen Wahlrecht — 33 von 48 Kandidaten der HNP ihren Wahleinsatz (,deposit'), da auf ihren Kandidaten weniger als ein Fünftel der für den siegreichen Bewerber in dem jeweiligen Wahlkreis abgegebenen Stimmen entfielen. Gleichwohl muß die HNP als potentiell sehr stark angesehen werden. Denn die HNP dürfte von einer durchaus möglichen Spaltung der NP enorm profitieren. Und sollten die neuen portugiesischen Machthaber oder ihre Nachfolger die Kontrolle über Angola und Mozambique zugunsten der Unabhängigkeitsbewegungen MPLA, FNLA und FRELIMO verlieren, so werden sich — Druck westlicher Länder auf die politische Führung Südafrikas einmal beiseite gelassen — innerhalb der NP und auch der UP solche Kräfte durchsetzen, die das Gedankengut der HNP sehr weitgehend teilen und daher in dieser oder jener Form mit ihr zusammenarbeiten werden.

Eine solche nicht auszuschließende Radikalisierung der südafrikanischen Rassenpolitik ließe sich dann wohl nur noch durch eine massive diplomatische Intervention der USA und anderer westlicher Staaten verhindern. Und eine solche Intervention wäre, wie bereits erwähnt, wohl nur um den Preis einer Bestandsgarantie Dritter zugunsten der Rest-Republik Südafrika, deren Territorium

sehr viel kleiner sein wird als das der heutigen Republik Südafrika, erfolgreich. Jedenfalls wäre eine solche Situation sowohl einer Machtergreifung durch die extrem rassistische HNP und ihr nahestehende Kräfte als auch einer Entwicklung vorzuziehen, die versucht, entsprechend den Vorstellungen der Organisation für Afrikanische Einheit und der Generalversammlung der UN, mit Gewalt ein System einer völlig integrierten Gesellschaftsordnung durchzusetzen, damit jedoch langjährige kriegerische Auseinandersetzungen auslösen würde, die mit aller Wahrscheinlichkeit zum wirtschaftlichen Chaos sowie zur Vertreibung der überlebenden weißen, gemischtrassigen und indienstämmigen Südafrikaner führen würden³⁴).

b) **Democratic Party**

Mitte November 1973 gründete der frühere Innenminister und das ehemalige Führungsmitglied der Nationalist Party, Theo Gerdener, die Splittergruppe Democratic Party. Diese verficht, ähnlich den verligten Mitgliedern der Nationalist Party, eine liberale Version der Politik der Getrennten Entwicklung, Dementsprechend setzt sie sich dafür ein, die Heimatländer vor ihrer Entlassung in die Unabhängigkeit zu lebensfähigen Staaten umzugestalten und soweit als möglich jene diskriminierenden Maßnahmen abzubauen, denen die schwarzen Südafrikaner, die auch nach der Entlassung der Heimatländer in die Unabhängigkeit in der Rest-Republik Südafrika leben und arbeiten werden, andernfalls ausgesetzt sein würden. Für die Rest-Republik Südafrika propagiert die Partei Gerdeners die Integration der Gemischtrassigen und Indienstämmigen in die Gesellschaft der Weißen, d. h. daß die Angehörigen dieser beiden bislang gleichfalls diskriminierten Gruppen in Zukunft dieselbe Rechtsstellung wie die Weißen haben sollen. Angehörige aller drei Gruppen, also auch die Weißen, sollen das Wahlrecht nur dann haben, wenn sie bestimmte Ausbildungskriterien erfüllen. Den schwarzen Bewohnern der Rest-Republik Südafrika, die als dessen ständige Einwohner anerkannt werden sollen, soll das Recht auf lokale Selbstverwaltung inclusive des Rechtes auf eigene Polizeikräfte eingeräumt werden. Schließlich sollen die verschiedenen unabhängigen Staaten — das sieht allerdings auch das heutige offizielle Programm der NP vor35) — in einer südafrikanischen Konföderation oder zumindest einem südafrikanischen Commonwealth zusammenarbeiten.

Es erscheint zumindest vertretbar, anzunehmen, daß sich die Bedeutung der Democratic Party darin erschöpfen wird, den verligten Reformern innerhalb der NP die Gelegenheit zu bieten, die Reaktion der weißen Wählerschaft auf von ihnen geteilte Vorstellungen, die die NP aus den geschilderten Gründen nicht offen propagieren kann, zu erkunden.

3. Die Vorstellungen der United Party

Nicht anders als die Programme der Nationalist Party und der von ihr abgesplitterten Gruppen sind auch die rassenpolitischen Vorstellungen der United Party wohl ausschließlich von Weißen erarbeitet worden. Auch für die weitaus meisten Funktionäre der United Party gilt, daß sie zwar ohne Unterlaß über die schwarzen Bewohner Südafrikas, aber nicht mit ihnen reden. Zu Recht meint P. Qoboza, der neue Herausgeber der schwarzen Tageszeitung "The World" in einem Leitartikel "... we would like to remind many white politicians that as long as they persist in talking about us and not with us, they are from realising how "crucial' their elections are"³⁶).

Die UP hat dem Bantustan-Konzept der NP — zu Recht — immer entgegengehalten, daß eine Aufteilung des Territoriums der Republik in verschiedene unabhängige Staaten aufgrund der ökonomischen Interdependenz der einzelnen Bevölkerungsgruppen und ihrer daraus resultierenden Integration im Wirtschaftsleben des Landes nicht praktikabel sei³⁷). Sie suchte und sucht die rassenpolitischen Probleme des Landes durch ein — zumindest bis vor kurzem — ausgeprägt konservatives Programm, eine "Race Federation", zu lösen.

a) für Südafrika

Das Race Federation Programm der UP in seiner bis November 1973 geltenden Fassung³⁸) sah vor allem die Bewahrung der territorialen Integrität der Republik vor. Dementsprechend wurde (und wird) die Schaffung in die Unabhängigkeit zu entlassender Bantu-Heimatländer wie wohl auch die Schaffung von Staaten der gemischtrassigen und indienstämmigen Südafrikaner im Staat der weißen Südafrikaner abgelehnt. Selbstverwaltungsbefugnisse sollten den drei nicht-weißen Bevölkerungsgruppen (d. s. gegenwärtig 83 % der südafrikanischen Gesamtbevölkerung) im Grunde nur auf der unteren staatlichen Ebene eingeräumt werden. Ihre Mitwirkung in den zentralen politischen Organen des Landes sollte nicht mehr als symbolische Bedeutung haben. Denn so sah das Konzept der UP etwa vor, daß die Interessen der schwarzen Bevölkerung des Landes (ca. 70 % der Gesamtbevölkerung) im Zentralparlament durch acht weiße (!) Abgeordnete, die der Coloureds (ca. 10 % der Gesamtbevölkerung) durch sechs gemischtrassige Abgeordnete und die der indienstämmigen Südafrikaner (ca. 3 % der Gesamtbevölkerung) durch zwei weiße (!) Abgeordnete im Parlament vertreten sein sollten. Die weißen Südafrikaner sollten unverändert durch 166, natürlich weiße Abgeordnete vertreten sein, obgleich ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung des Landes nur 17 % ausmacht.

Seit November 1973 propagiert die UP ihr Konzept einer Race Federation in stark modifizierter Form. Hervorragendstes Merkmal der neuen Version ist ihre Unverständlichkeit, hervorzuheben ferner ihre Kompliziertheit. Die Unverständlichkeit des Programms findet ihre Erklärung darin, daß es heute mit der "Old Guard" und den "Young Turks" innerhalb der UP zwei Flügel gibt, die sich in Wahrheit auf ein gemeinsames Wahlprogramm nicht einigen konnten³⁹). Vage Formulierungen haben hier fürs erste einen Zerfall der Partei verhindern können. Auch die neue Version der Race Federation der UP knüpft, statt wie üblicherweise ein föderales Staatswesen, nicht an geographische Einheiten (Staaten, Länder), sondern an ethnische Gruppen an, die teilweise über das gesamte Gebiet der Republik verstreut leben. Es wird 15 solcher Gruppen geben (vier Gruppen für Weiße, zwei für Coloureds, eine für indienstämmige Südafrikaner und acht für die Schwarzen). Jede dieser Gruppen wird über eigene, auf one-man-one-vote-Basis zu ermittelnde Legislativ- und Exekutivorgane verfügen und sich so auf der unteren staatlichen Ebene selbst verwalten. Auf nationaler Ebene wird das (rein weiße) Zentralparlament fortbestehen. In dieses sollen nun auch keine Vertreter der anderen Bevölkerungsgruppen mehr einziehen. Statt dessen soll jetzt eine Bundesversammlung ("Federal Parliament") geschaffen werden. Sie wird sich aus 165 Mitgliedern zusammensetzen. Jedes der eingangs genannten fünfzehn ethnischen Parlamente soll je drei Abgeordnete in diese Bundesversammlung entsenden; diese 45 Abgeordneten werden demnach zum Teil weißer. schwarzer, gemischtrassiger und indischer Herkunft sein. Die restlichen 120 Abgeordneten können irgendeiner Bevölkerungsgruppe entstammen (damit hat die UP erstmals, zumindest auf dem Papier, die Idee der ,white leadership' aufgegeben); der Plan der UP sieht hier einzig vor, daß diese 120 Sitze an Abgeordnete aller Bevölkerungsgruppen entsprechend ihrem jeweiligen "contribution to the state" vergeben werden. Wie hier im einzelnen zu verfahren ist, sagt das Programm der UP nicht. Eine weitere große Schwäche des Programms der UP liegt darin, daß es zwar vorsieht, daß das bestehende weiße Parlament Funktionen auf die neu zu schaffende Bundesversammlung zu übertragen hat. Es fehlt aber an einem festen Plan oder zumindest an einem entsprechenden Ansatz, der besagt, zu welchem Zeitpunkt welche Funktionen zu übertragen sind. Schließlich war unter den Kandidaten der UP während des Wahlkampfes 1974 sogar streitig, ob am Ende der Entwicklung der Race Federation das bestehende weiße Parlament alle seine Funktionen auf die Bundesversammlung übertragen haben wird, was zur Folge hätte, daß das weiße Parlament aufzulösen wäre40).

Nur der Umstand, daß das Programm der UP so sehr verschiedene und damit eben auch progressive Interpretationen zuläßt, erklärt, daß sich Alan Paton, einst Gründer der multirassischen Liberal Party (one-man-one-vote) und immer einer der schärfsten Kritiker der Idee einer "white leadership", über das von de Villiers Graaff, dem Vorsitzenden der UP und sicher nach wie vor ein Anhänger eben jener Idee einer "white leadership" ⁴¹) propagierte Programm wie folgt äußerte⁴²): "Black power is a fact of my life, but I have no wish to be ruled by it, no more than I have approved of being ruled by white power for the whole of my life . . . I should make it quite clear that the vision of black and white interaction, characterised by conflict, compromise and co-operation, is a hope, not a prediction."

Angesichts auch der sehr engen persönlichen Beziehungen, die Alan Paton und Gatsha Buthelezi seit langem zueinander unterhalten, erscheint die Annahme zulässig, daß zwischen der Auslegung des Programmes der UP durch Paton und Buthelezis Konzept einer südafrikanischen Föderation erhebliche Berührungspunkte bestehen. Für die Richtigkeit der These, daß sich hier schwarze und weiße Vorstellungen berühren, spricht auch, daß Harry Schwarz, führender Jungtürke seiner Partei, und Gatsha

Buthelezi sich Anfang Januar 1974, zu einem Zeitpunkt also, da beide ihre Konzepte einer südafrikanischen Föderation bereits erarbeitet hatten, in der Erklärung von Mahlabatini für die Errichtung eines föderalen Staatswesens in Südafrika aussprachen.

b) für Südwestafrika

Die United Party hatte — genau wie die NP alle den Status Südwestafrikas/Namibias betreffenden UN-Resolutionen mißachtend — während früherer Jahre — in der letzten Zeit übrigens immer ohne jeden Erfolg — für Südwestafrika nie ein besonderes politisches Programm offeriert. So wie für die NP, so war auch für die UP dies Territorium unabänderlich ein Teil der Republik Südafrika. Auch dort sollte das Programm der Getrennten Entwicklung durch das Konzept einer Race Federation ersetzt werden. Unter dem Eindruck des Dialoges zwischen der Regierung in Pretoria und den UN über die Zukunft Südwestafrikas/Namibias erarbeitete die UP, genauer eines ihrer führenden südwester Mitglieder, nämlich Advokat O'Linn, einen Plan zur Gründung eines südwestafrikanischen Bundesstaates. Danach soll Südwestafrika administrativ und politisch aus der Republik Südafrika wieder ausgegliedert werden. Unter weitgehender Beibehaltung der bestehenden Heimatlandstrukturen für die schwarzen, gemischtrassigen und weißen Bewohner des Landes sollen vier geographische Regionen (etwa den Ländern der BR Deutschland vergleichbar) geschaffen werden, die sich durch auf der Basis von one-man-one-vote zu ermittelnden Legislativ- und Exekutivorganen teilweise selbst verwalten. Dagegen soll, unabhängig von seiner rassischen Zugehörigkeit, ein Südwestafrikaner nur dann für das multirassisch zu besetzende Zentralparlament in Windhoek stimmberechtigt sein, wenn er bestimmte, genauer noch zu bestimmende, da noch nicht in allen Einzelheiten festgelegte Kriterien (Ausbildung, Einkommen etc.) erfüllt.

4. Die Vorstellungen der Progressive Party

Nach der Ende der sechziger Jahre durch den Gesetzgeber erzwungenen Selbstauflösung der Liberal Party Alan Patons ist heute die Progressive Party (PP) Hort der liberal denkenden Weißen. Wie hinreichend bekannt, propagiert die PP, die in der Zeit zwischen ihrer Gründung Ende der fünfziger Jahre und bis zu den vorletzten südafrikanischen Parlamentswahlen nie mehr als 4 % der Wählerstimmen hatte gewinnen können, auch heute einen Kurs der graduellen Integration aller nicht-weißen Bevölkerungsgruppen in die Gesellschaft der Weißen, d. h. sie verficht eine Politik der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Integration⁴³) mit der selbstverständlichen Folge, daß am Ende dieser Entwicklung die schwarze Mehrheit Südafrikas u. a. das politische Leben des Landes prägen wird.

Auch wenn die PP seit den Wahlen vom April 1974 statt bisher nur einer nunmehr sechs Abgeordnete in das Parlament entsendet, selbst wenn, wovon in Südafrika in der letzten Zeit häufig die Rede war, die Jungtürken der UP sich innerhalb dieser Partei nicht durchsetzen können und daher von der UP zur PP überwechseln, so kann doch nicht angenommen werden, daß die von zuviel Idealismus geprägten Vorstellungen der PP jemals zu einer wirklichen Alternative zu der heutigen Politik der Getrennten Entwicklung werden können. Denn nicht erst seit einigen Jahrzehnten ist die Szene Südafrikas durch Separation geprägt. Nachdenklich sollte stimmen, daß ein so erbitterter Gegner der südafrikanischen Rassenpolitik wie der frühere anglikanische Dekan von Johannesburg, Gonville ffrench Beytagh, auf die Chancen zur Verwirklichung der Vorstellungen der PP angesprochen, antwortete "dies sei nur im Himmel, nicht aber in Südafrika zu verwirklichen"⁴⁴).

Keine weiße politische Partei hat über die Jahre auch nur annähernd soviele Kontakte zu Persönlichkeiten der schwarzen Bevölkerungsgruppen Südafrikas unterhalten wie die PP. Gleichfalls steht fest, daß Angehörige dieser Partei sehr viel eher deren Programm mit nicht-weißen Verantwortlichen ernsthaft diskutiert haben als die Mitglieder etwa der NP oder der UP. Von daher versteht sich im Grunde von selbst, daß Vertreter der schwarzen, indienstämmigen und gemischtrassigen Südafrikaner den relativen Sieg der PP während der jüngsten Parlamentswahlen (die PP gewann statt bisher nur einen diesmal sechs von 171 Parlamentssitzen) positiv kommentierten⁴⁵). Andererseits steht die PP jedoch vor dem Dilemma, daß ihr Programm, das wohl das Maximum dessen enthält, was eine politisch relevante weiße Gruppe an Konzessionen den Nicht-Weißen zuzugestehen bereit ist, den Erwartungen wohl der gemischtrassigen und indienstämmigen Südafrikanern, nicht aber ihren schwarzen Landsleuten genügen wird. So spricht P. Qoboza sicher für viele seiner Landsleute, wenn er über die PP schreibt: "If parties like the Progressive Party, whose policies may not go as far as we would hope . . "46). Es ist nicht anzunehmen, daß die PP jemals mit diesem Dilemma in der Praxis konfrontiert werden wird. Und das einfach deshalb, weil sie, trotz mancher optimistischer Prognosen, die nach Abschluß der jüngsten Parlamentswahlen in der südafrikanischen Presse erschienen⁴⁷), kaum jemals auf parlamentarischem Weg eine Abgeordnetenmehrheit gewinnen wird. Heute noch auf eine integrierte Gesellschaft in Südafrika zu hoffen, hieße einer Utopie nachzulaufen.

II. Der Ausgang der Parlamentswahlen

1. in Südafrika

Jeder andere Ausgang der Parlamentswahlen als der eines überwältigenden Sieges der NP wäre eine große Überraschung gewesen. Von daher konzentrierte sich die Aufmerksamkeit stärker auf das Abschneiden der anders als die NP so sichtbar zerrissenen United Party, die sich zugleich als konservative und progressive Partei zu präsentieren versuchte und dabei ganz unterlag. Ob die United Party, wie Alan Paton schrieb⁴⁸), am Ende ist, mag dahinstehen; jedenfalls ist sie genauso wenig wie zuvor eine wirkliche Alternative zu der NP. Und das nicht nur wegen des Umstandes, daß sie nur 41 Sitze (1970: 47 Sitze) gewann, wohingegen für die Nationalist Party statt

bisher 118 jetzt 122 Abgeordnete in das Parlament einziehen werden⁴⁹). Die für Südafrika ganz entscheidende Frage wird die nach der künftigen Entwicklung der NP sein. Wenn es ihr gelingt, ihre Politik unter Beibehaltung des Konzepts der Getrennten Entwicklung zu liberalisieren, so mag sich durchaus noch eine Chance finden, zu einem Ausgleich in einem, wenn weitere Jahre ungenutzt bleiben, ganz ausweglosen Konflikt zu kommen. Es erscheint jedoch nahezu ausgeschlossen, daß sich eine Nationalist Party, die sich alle fünf Jahre ihren in der Mehrzahl so konservativen Wählern stellen muß, zu jenen wirklich gravierenden Konzessionen durchringen kann, die erforderlich sind, um den nicht-weißen Bevölkerungsgruppen einen 'fair share' zukommen zu lassen. Auch eine erneute Spaltung der NP und ein Bündnis, das ihr an der Regierung bleibender verligter Flügel mit anderen verligten Gruppen des Parlamentes möglicherweise eingehen wird, wird hier wohl nichts Entscheidendes ändern können. Unter den gegenwärtigen Umständen wird man jedoch durchaus damit rechnen können, daß die Regierung Vorster ihre Haltung gegenüber sozialen und wirtschaftlichen Problemen der Coloureds ändern, d. h. liberalisieren wird; vielleicht sind sogar Schritte zu erwarten, die auf eine graduelle Reintegration der Coloureds in die politische Gemeinschaft mit den Weißen hinweisen. Nicht nur wahrscheinlich ist, daß auch die Regierung Vorster Schritte unternehmen wird, das unselige und unsinnige System der "petty apartheid" abzubauen. Schließlich mag auch der Status der in der Umgebung der weißen Städte lebenden schwarzen Südafrikaner (urban Blacks) verbessert werden, ob gleich in dem Sinne, daß es ihnen gestattet wird, den Grund und Boden, auf dem sie leben, zu Eigentum zu erwerben, ist gewiß sehr fraglich. So wichtig viele dieser Probleme für die Betroffenen sind, so sind es eben doch nicht die Probleme, die die schwierigsten Fragen aufwerfen. Diese beginnen dort, wo die Regierung von KwaZulu die Forderung erhebt, den noch im Bau befindlichen Großhafen von Richard's Bay sowie den dazu gehörigen Industriekomplex einem unabhängigen Staat KwaZulu anzugliedern. Kein Land der Erde würde solche Fragen unter Beibehaltung eines parlamentarischen Systems entscheiden können. Im Fall Südafrika kommt hinzu, daß selbst nach einer wirklichen Abrundung der Heimatländer, die ungeahnte Opfer von den Weißen fordern wird, sich immer wieder das Problem der ,urban Blacks' stellen wird, deren Zahl mit einiger Wahrscheinlichkeit auch in Zukunft rapide steigen wird. Gerade dieses Problem wird — völlig gleichgültig, ob zuvor, etwa im Jahre 1976, die Transkei unabhängig werden wird⁵¹) oder nicht — die Verantwortlichen des Landes zwingen, selbst Grundfragen der Politik der Getrennten Entwicklung neu zu überdenken. Eine Lösung ist heute weniger denn je zuvor in Sicht. Andererseits — und diese Bereitschaft sollte von außen nach besten Kräften unterstützt werden

Abdul Husein El-Hakim

Ökonomik der Bodenentsalzung

dargestellt an Beispielen aus dem Irak

Mit dem Bewässerungswasser erfolgt die Zufuhr eines Produktionsmittels, das nicht nur Produktionssteigerungen bewirkt, sondern das im Laufe der Zeit durch zunehmende Versalzung die Erträge senken bzw. Bodennutzung unmöglich machen kann. Zugleich entsteht die Frage, welche Maßnahmen zweckmäßig sind, um eine Bewässerung bei Versalzungsgefahr wirtschaftlich zu organisieren. Ausgehend von der Vorstellung, daß nichts praktischer ist als eine brauchbare Theorie, werden im Rahmen dieser Untersuchung die allgemeinen Grundsätze der Theorie der Produktion auf den speziellen Fall des Versalzungsproblems angewandt.

Der Landwirt, Bewässerungsplaner und Wasserbauingenieur findet damit eine zusammenfassende Darstellung der Prinzipien, die zu beachten sind, wenn Bewässerungs- und Dränageinvestionen nach dem Wirtschaftlichkeitsprinzip organisiert werden sollen.

Sonderheft 2: ZEITSCHRIFT FÜR BEWÄSSERUNGSWIRTSCHAFT 306 Seiten, 48 Graphiken, DM 39,—

DLG-Verlags-G.m.b.H. 6 Frankfurt am Main · Rüsterstraße 13

— ist zumindest bei einigen weißen Verantwortlichen, darunter Vorster selbst, zumindest der Ansatz zu der Bereitschaft da, mit schwarzen Verantwortlichen Probleme von gemeinsamem Interesse wirklich zu diskutieren.

2. in Südwestafrika

An den Wahlergebnissen in Südwestafrika interessiert lediglich, daß die NP wiederum alle dort vergebenen Mandate für das Zentralparlament in Kapstadt sowie alle Sitze in dem Landesparlament in Windhoek gewonnen hat. Dabei ist darauf hinzuweisen, daß sich der Vorsprung, den der einzelne Abgeordnete der NP in den Wahlen von 1970 erobert hatte, inzwischen noch vergrößert hat 50). Dieses Anwachsen der Stimmen für die NP und der damit verbundene Stimmrückgang der UP ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß die UP offen die politische Loslösung des Landes — wenn auch keinesfalls zu den Bedingungen der UN und der OAE — von der Republik Südafrika proklamierte.

Anmerkungen:

- 1) S. dazu Gatsha Buthelezi "Mein Konzept einer südafrikanischen Föderation" in Internationales Afrikaforum, vol. 10, Nr. 2/3 (1974.2), S. 118—122; s. ferner Lucas Mangope "The political future of the homelands / A basis for constructive talks on federal ties" in Race Relations News (Johannesburg) vol. 36, No. 1 (1974.1/2), S. 7—8; s. ferner Africa Research Bulletin (Political Social and Cultural Series) vol. 10, Nr. 4 (15, Mai 1973), S. 2819C—2821B.
- ²) An dieser Konferenz nahmen teil: die Chief Minister K. Mantanzima (Transkei), L. M. Mangope (BophuthaTswana), L. L. Sebe (Ciskei), H. Ntsanwisi (Gazankulu), ferner der Chief Executive Councillor G. Buthelezi (KwaZulu) sowie Collins Ramusi für Lebowa.
- ³) Vgl. etwa The Natal Mercury (Durban) vom 9. November 1973, S. 1; Africa Research Bulletin (Political Social and Cultural Series), vol. 10, Nr. 11 (15. Dezember 1973), S. 3049A—3050B. S. auch Gatsha Buthelezi "The black summit at Umtata "in The Natal Mercury (Durban) vom 10. Dez. 1973.
- 4) Africa Research Bulletin (Political Social and Cultural Series) vol. 10, Nr. 11 (15. Dezember 1973), S. 3049B. Zur Kritik eines ausgesprochen konservativen schwarzen Südafrikaners s. die Rede von L. Mangope vor dem South African Institute of Race Relations, abgedruckt in Race Relations News (Johannesburg) vol. 36, No. 1 (1974.1/2), S. 7—8 (8).
- 5) S. die Landkarte der Republik Südafrika in IAF vol. 7, Nr. 11 (1971.11), S. 656.
- 6) In besonders deutlicher Form hat solche Forderungen Gatsha Buthelezi angemeldet, s. jüngst u. a. neben Beiträgen in der Rand Daily Mail in The Cape Times (Kapstadt) vom 22. April 1974, S. 11.
- Ahnliche Vorstellungen wurden u. a. auch von H. Ntsanwisi (vgl. Neue Zürcher Zeitung, NZZ, vom 22. August 1971), Kaiser Mantanzima (vgl. NZZ vom 2. Juli 1968 (!) und The Star, Johannesburg vom 28. August 1971, S. 12), Lucas Mangope (The Star Weekly Air Edition, Johannesburg vom 14. April 1973, S. 8 sowie seine in Anm. 1 bereits erwähnte Rede) sowie jüngst von C. Phatudi (vgl. Rand Daily Mail, Johannesburg vom 30. April 1974, S. 3 und vom 1. Mai 1974, S. 2 sowie The Star, Johannesburg vom 30. April 1974, S. 27.
- Vgl. aber auch die scharf ablehnende Reaktion des Ministers for Bantu Administration and Development, M. C. Botha, auf alle derartigen Forderungen, zuletzt in The Star (Johannesburg) vom 30. April 1974, S. 1, 3.
- ?) S. dazu Rand Daily Mail (Johannesburg) vom 7. März 1974, S. 15; The World (Johannesburg) vom 5. März 1974, S. 3, 6. März 1974, S. 3, 7. März 1974, S. 3 und vom 8. März 1974, S. 5.
- 8) An dieser Konferenz nahmen außer Ministerpräsident Vorster Minister Botha und die Vizeminister Janson und Raubenheimer sowie von schwarzer südafrikanischer Seite die Chief Minister K. Mantanzima, L. Mangope, L. Sebe, C. Phatudi, P. Mphephu, H. Ntsanwisi sowie die Chief Executive Councillor W. Mota und G. Buthelezi teil.
- 9) So in The World (Johannesburg) vom 8. März 1974, S. 5; ähnlich die Rand Daily Mail (Johannesburg) vom 8. März 1974, S. 16, die von einem "historic meeting" spricht. H. Ntsanwisi sprach davon, daß die Diskussionen "brutally frank" gewesen seien, s. Rand Daily Mail, Johannesburg vom 7. März 1974, S. 15.
- 10) S. Rand Daily Mail (Johannesburg) vom 8. März 1974, S. 9.
- ¹¹) Die Sunday Tribune (Durban) vom 6. Januar 1974, S. 1, gibt den Text dieser Erklärung wie folgt wieder:
 - The situation of South Africa in the world scene as well as internal community relations requires in our view, an acceptance of certain fundamental concepts for the economic social and constitutional development of our country.
 - We respectfully record five principles on the basis of which we believe all our people can co-operate.
 - 1) Change in South Africa must be brought about by peaceful means.
 - 2) Opportunity must be afforded to all our people for material and educational advancement. The economy must be available to serve the needs of all willing and able to contribute, and the wealth, labour and expertise of our country should be harnassed to provide job and entrepreneurial opportunity for all groups.
 - 3) Constitutions, blueprints and plans for the future should not be made

- by only some of the people for all others; they must be made with people. Consultation and dialogue lead to government by consent and, with this in mind and as a first step, a consultative council representative of all groups in South Africa should be constituted at the earliest opportunity.
- 4) The federal concept appears to provide the best framework on which to seek a constitutional solution for a South Africa free from domination by any group over others and ensuring the security of all its people.
- 5) Any constitutional proposals for South Africa's future must: (a) Safeguard the identity and culture of the various groups constituting the people of South Africa; (b) include a Bill of Rights to safeguard the fundamental concepts of natural justice.

On the basis of these principles we declare our faith in a South Africa of equal opportunity, happiness, security and peace for all its people.

- 12) Abgedruckt in The Natal Mercury (Durban) vom 30. März 1974, S. 1:
 - We believe every change brought about in South Africa must be by peaceful means;
 - 2) All South Africans must be united to meet any external threats, subversion or terrorism and that the best way of uniting our people to meet such threats is to give them a real stake in the society which they are asked to defend; all South Africans should have opportunities for advancement, including education, and should have their dignity respected;
 - 3) That fragmentation is not a solution for South Africa but that the country should have one entity — and the federal concept appears to provide the best framework on which to seek a constitutional solution for South Africa;
 - That all South Africans are entitled to security and to be free of domination by any one group over others;
 - That the concept of creating a multi—racial consultative council should be considered;
 - 6) That the principles set out in the declaration agreed at Mahlabatini on January 4 formed the basis of agreement from which South Africans of goodwill could work for peaceful coexistence.
- ¹³) S. zu diesem letzteren Punkt auch die beiden in Anm. 1 angeführten Vorträge.
- 14) Die Gesamtbevölkerung Südwestafrikas setzt sich wie folgt zusammen:

Weiße	90 658	East Caprivians	25 009
Rehoboth Basters	16 474	Damaras	64 973
Namas	32 853	Hereros	49 203
andere Coloureds	28 275	Buschleute	21 909
Ovambos	342 455	Tswanas	3 719
Kaokolanders	6 467	andere	14 756
Kavangos	49 577		

Angaben nach Muriel Horrell and Dudley Horner "A Survey of Race Relations in South Africa" 1973, Johannesburg, 1974, S. 377.

- 15) Zu dem Advisory Council s. die in Anm. 14 genannte Arbeit S. 381 ff. Zweifel an der Legitimität der Ovambo-Vertreter etwa ergeben sich daraus, daß nicht zuletzt eine Folge der unter den Ovambos durchaus einflußreichen Politik der SWAPO, die hier zum Boykott des Urnengangs aufgerufen hatte nur 2,5 % (!) der für die ersten Parlamentswahlen Owambos Wahlberechtigten von ihrem Stimmrecht Gebrauch machten. Kurze Zeit später betrug die Wahlbeteiligung im benachbarten Heimatland Kavango allerdings 66,2 %. Siehe zu alledem die in Anm. 14 genannte Arbeit, S. 388 ff.
- 16) S. dazu beispielsweise das Dokument des UN-Sicherheitsrates S/10992 vom 10. September 1973.
- 17) Dazu aus dem deutschsprachigen Bereich vor allem NZZ vom 20. April 1974, S. 5 ("Wahlkampf in Südafrika").
- In Südafrika bestehen die folgenden "Heimatländer": Transkei, Bophutha-Tswana, Ciskei, Lebowa, Venda, Gazankulu, Basotho-Qua-Qua und KwaZulu. In Südwestafrika bestehen die folgenden (schwarzen) Heimatländer: Owambo, Okavango, East Caprivi, Kaokoveld, Damaraland, Hereroland, Buschmanland und Tswanaland.
- 19) Vgl. dazu meine Beiträge "Republik Südafrika: die politische Stellung der Coloureds im System der parallelen Entwicklung" und "Republik Südafrika:

- die politische Stellung der Inder im System der parallelen Entwicklung" in Internationales Afrikaforum, vol. 8, Nr. 9/10 bzw. Nr. 11/12 (1972.9 bzw. 11), S. 552—558 bzw. 660—666.
- 20) So M. C. Botha "The Bantu-Fatherlands and Separate Development" in Nic Rhoodie (ed.) "South African Dialogue", Johannesburg, 1972, S. 113 bis 127 (126); auf der Ebene der Ausführungen M. C. Bothas liegt auch die hier schlicht dumme Propaganda Südafrikas, die etwa dem Einwand, daß die geographische Zerrissenheit der Heimatländer ihrer Lebensfähigkeit als unabhängige Staaten entgegenstehe, mit dem naiven Argument begegnet, daß auch das Hoheitsgebiet der USA und Großbritanniens nicht aus einem zusammenhängenden Block bestehe, was ihre Lebensfähigkeit jedoch nie beeinträchtigt habe, so etwa in "Journal Südafrika" 2/1971, S. 5—9 (8) "Bantu-Heimatländer".
 - Vgl. in diesem Zusammenhang auch die scharf ablehnende Haltung M. C. Bothas zu allen Forderungen der Führer der Heimatländer nach Übertragung zusätzlichen Landes in The Star, Johannesburg vom 30. April 1974, S. 1, 3. Hier ist sehr viel Unaufrichtigkeit im Spiel.
 - Nicht sehr weit entfernt von dieser Linie wenn nicht gar mit ihr identisch sind Äußerungen u. a. des Vorsitzenden der großen Oppositionspartei, de Villiers Graaff (United Party), der während des Wahlkampfes 1974 immer wieder auf die 'Gefahren' hinwies, die den weißen Südafrikanern von in die Unabhängigkeit entlassenen Bantu-Heimatländern drohten, s. dazu u. a. Rand Daily Mail (Johannesburg) vom 19. April 1974, S. 5 und 20. April 1974, S. 4 sowie Sunday Tribune (Durban) vom 21. April 1974, S. 21.
- ²¹) Einen ganz hervorragenden Überblick über die Situation der südafrikanischen Heimatländer bietet Muriel Horrell "The African Homelands of South Africa", Johannesburg, 1973, 176 S.
 - Speziell zum Wirtschaftspotential dieser Regionen Südafrikas siehe den sehr informativen Beitrag von Sheila Terreblanche van der Horst "The economic problems of the Homelands" in Nic Rhoodie (ed.), a.a.O., S. 182—201. Vgl. auch die sehr skeptischen Ausführungen von Gavin Maasdorp in Race Relations News (Johannesburg) vol. 36, Nr. 1 (1974.1/2), S. 5 und The Natal Mercury (Durban) vom 29. April 1974, S. 19.
- ²²) Dazu, aus der Sicht eines Betroffenen, die Stellungnahme des früheren Herausgebers der schwarzen Johannesburger Tageszeitung "The World", M. T. Moerane "The Urban African" in South Africa International Ouarterly (Johannesburg) vol. 3, No. 1 (1972.7), S. 43—50; weiter ders. "The Aspirations of the Urban African" in Nic Rhoodie (ed.), a.a.O., S. 335—342.
- ²³) S. dazu M. Landell-Mills "The 1969 Southern African Customs Union Agreement" in Journal of Modern African Studies vol. 9, No. 2 (1971.8), S. 263 bis 281 und meinen Beitrag "Die Wirtschaftsgemeinschaft im Süden Afrikas" in Außenpolitik (Stuttgart) vol. 22, Nr. 10 (1971.10), S. 623—632.
- ²⁴) Dazu Gerald Shaw "Nat divisions the voter does not see" in The Cape Times (Kapstadt) vom 23. April 1974, S. 12; s. dazu auch die ähnliche, wenn auch viel vorsichtigere Stellungnahme Willem de Klerks in Rapport (Johannesburg) vom 28. April 1974, S. 14. De Klerk spricht von der Existenz zweier Parteien innerhalb der Nationalist Party.
- 25) S. dazu vor allem W. de Klerk "The concepts "verkramp' and "verlig'" in Nic Rhoodie (ed.), a.a.O., S. 519—531; s. auch die Kritik Erika Therons an den sozialen Mißständen innerhalb der Gemeinschaft der Coloureds in u. a. Cape Herald (Kapstadt) vom 6. April 1974, S. 15. Die Kritik Erika Therons an diesen Aspekten der Politik der Apartheid erscheint besonders bedeutsam, da sie Vorsitzende der durch Kabinettsbeschluß eingesetzten, ausgeprägt verligten "Commission of Inquiry into Matters relating to the Coloured Population Group" ist. Es erscheint zumindest durchaus möglich, daß der binnen absehbarer Zeit zu erstattende Bericht dieser Kommission zu einer deutlichen Liberalisierung der Regierungspolitik gegenüber den Coloureds führen wird.
- 26) S. dazu die in Anm. 1 aufgeführten Reden L. Mangopes und Gatsha Buthelezis sowie Anm. 11 und 12 dieser Arbeit.
- ²⁷) S. auch in diesem Zusammenhang The Star (Johannesburg) vom 3. Mai 1974, S. 1 "US in secret defense of SA — claim". Dort ist, unter Berufung auf Meldungen aus der Washington Post, angesichts der Veränderungen in Mozambique und Angola die Rede von möglichen Verteidigungsabsprachen zwischen westlichen Staaten, vor allem den USA, und Südafrika.
- ²⁸) Viele der bedeutsamen afrikaanssprachigen weißen Zeitungen wenden sich in der Hoffnung an Vorster, das Programm der Getrennten Entwicklung in einem verligten Sinne zu liberalisieren; s. dazu u. a. die Kommentare in Rapport (Johannesburg) vom 28. April 1974, S. 2 und 14. Vgl. in diesem Zusammenhang auch Sunday Times (Johannesburg) vom 28. April 1974, S. 2 "Vorster poised for verligte drive".
- ²⁹) Vgl. etwa Sunday Tribune (Durban) vom 21. April 1974, S. 1 ("Tell us what you are up to, Mr. Vorster"); ferner, aus einem ganz anderen Lager, The South African Observer (Pretoria) vol. XVIII, No. 12, 1974.3 S. 1—4 sowie vol. XIX, No. 1, 1974.4, S. 1—5.
- ¹⁰) Zu den Problemen Südwestafrikas ist immer noch besonders informativ die Arbeit von Muriel Horrell "South West Africa", Johannesburg, 1967, 94 S. Dort findet sich auf S. 38 auch eine Landkarte, der die Aufteilung des Territoriums SWafrika in acht schwarze Heimatländer, Heimatländer für die Rehoboth Basters und Namas sowie ein Heimatland für die Weißen und übrigen Coloureds zu entnehmen ist.
- 31) S. The South African Observer (Pretoria) vol. XVIII, No. 12 (1974.3), S. 1—4 (1) "General Election Preview/Balthazar Johannes Vorster in Perspective".

- 37) Dazu Zitate aus Reden von HNP-Wahlkämpfern "If the White man does not wake up in time the Government will give the whole of South Africa to the Kaffirs..." in The Daily News (Durban) vom 18. April 1974, S. 3; s. weiter The Argus (Kapstadt) vom 22. April 1974, S. 17.
- 33) S. die erste Angabe in Anm. 32.
- ³⁴) S. dazu meinen Beitrag "Die Bundesrepublik Deutschland und die Südafrika-Debatten in der UNO" in Vereinte Nationen (Bonn) vol. 21, Nr. 4 (1973.8), S. 126—132.
- 35) Dazu jüngst der Minister for Bantu Administration and Development in The Star (Johannesburg) vom 30. April 1974, S. 1, 3 und in Rand Daily Mail (Johannesburg) vom 1. Mai 1974, S. 6. Allerdings sind die Vorstellungen M. C. Bothas, anders als die Theo Gerdeners, voller Unaufrichtigkeiten.
- 36) The World (Weekend Edition) vom 19.—21. April 1974, S. 2.
- 37) S. dazu den sehr lesenswerten Beitrag eines der früheren Präsidenten des South African Institute of Race Relations, Duchesne Grice, "The approaching crisis — Land and population in the Transvaal and Natal" in South Africa International Quarterly (Johannesburg) vol. 4, No. 4 (1974.4), S. 195 bis 210.

In diesem Zusammenhang ist zu beachten, daß sich nach Schätzungen J. L. Sadies die südafrikanische Bevölkerung wie folgt entwickeln wird:

	2000	2020
Schwarze	37 293 000	62 798 000
Weiße	6 890 000	9 204 000
Coloureds	4 890 000	7 720 000
indienstämmige Südafrikaner	1 215 000	1 617 000

Angaben abgedruckt in Muriel Horrell and Dudley Horner, a.a.O., S. 49

- 38) Dazu de Villiers Graaff "The United Party's Policy of Race Federation" in Nic Rhoodie (ed.), a.a.O., S, 211—226.
- 3º) Wenn demgegenüber der Vorsitzende der UP, de Villiers Graaff, auf Differenzen innerhalb seiner Partei angesprochen, sagt "Insofar as I can judge, the situation is that the entire UP is one hundred per cent behind the decision taken at Bloemfontein (the Central Congress) last year", so besagt das nichts über die Geschlossenheit der Partei. Denn das Programm von Bloemfontein ist dermaßen vage abgefaßt, daß es von beiden Flügeln der UP ohne weiteres ganz unterschiedlich interpretiert werden kann.
 - Die erwähnten Äußerungen de Villiers Graaffs sind abgedruckt in The Star (Johannesburg) vom 3. Mai 1974, S. 21.
- 40) S. dazu u. a. R. de Villiers "Built-in disability" in Rand Daily Mail (Johannesburg) vom 20. April 1974, S. 10.
- ⁴¹) Vgl. die Äußerungen de Villiers Graaffs nach Rand Daily Mail (Johannesburg) vom 19. April 1974, S. 5 und 20. April 1974, S. 4 sowie Sunday Tribune (Durban) vom 21. April 1974, S. 21.
- ⁴²) Alan Paton "Is the UP for real?" in Reality/A Journal of liberal and radical opinion (Pietermaritzburg) vol. 5, No. 6 (1974.1), S. 2—4 (2). Nach der erneuten Wahlniederlage der UP im April 1974, zu der ganz gewiß das Programm der Jungtürken innerhalb der UP nicht unwesentlich beitrug, und die sich nicht konservativ genug gab, um gewählt zu werden, meinte Alan Paton nur noch "As I see it, the United Party has no more part to play" in Sunday Tribune (Durban) vom 28. April 1974, S. 20.
- ⁴³) Zum Programm der Progressive Party siehe Helen Suzman "The Progressive Party's Programme for a multi-racial South Africa" in Nic Rhoodie (ed.), a.a.O., S. 227—244.
- ⁴⁴) S. Afrika heute (Bonn) 1973. Mai, S. 54 unter Bezugnahme auf Afrika heute (Bonn) 1973. März. S. 2.
- 45) S. dazu die Stellungnahmen in Rand Daily Mail (Johannesburg) vom 27. April 1974, S. 4 (Cedric Phatudi); The Daily News (Durban) vom 27. April 1974, S. 1 (G. Buthelezi, L. Sebe und Norman Middleton von der Coloured Labour Party); The Natal Mercury (Durban) vom 27. April 1974, S. 6 (Stellungnahmen verschiedener Funktionäre der Gemeinschaft der Coloureds) und schließlich The Natal Mercury (Durban) vom 26. April 1974, S. 19 mit der Stellungnahme von M. J. Naidoo, dem Präsidenten des Natal Indian Congress
- 46) P. Qoboza in The World Weekend Edition/19.—21. April 1974, S. 2.
- ⁴⁷) Fast der gesamten englischsprachigen Presse Südafrikas wird der Vorwurf zu machen sein, sich in ihrer Berichterstattung über die Ergebnisse der Parlamentswahlen viel zu sehr darauf konzentriert zu haben, daß von nun an die PP mit sechs Abgeordneten im Parlament vertreten sein wird und daß die UP mit einer ebenso starken Gruppe von Jungtürken in das Parlament einziehen wird. Wichtiger wäre wohl zumindest für die englischsprachige Presse, die zuvor immer wieder, und durchaus zu Recht, auf Spannungen innerhalb der Regierungspartei hingewiesen hatte, eine Analyse der Zusammensetzung der neuen Fraktionen der NP gewesen. Eine solche aber findet sich nirgendwo.
- 48) So Alan Paton in Sunday Tribune (Durban) vom 28. April 1974, S. 20.
- 49) Außer den Vertretern der UP und der NP zogen nur die sechs bereits erwähnten Parlamentarier der PP in das südafrikanische Parlament ein.
- 50) Genaue Angaben zu den Wahlergebnissen in Südwestafrika in den Jahren 1970 und 1974 finden sich in The Windhoek Advertiser vom 26. April 1974, S. 3.
- 51) Unter anderem die Sunday Tribune (Durban) vom 21. April 1974, S. 6 meldete, daß die Transkei voraussichtlich am 24. Oktober (Tag der Vereinten Nationen) 1976 unabhängig werden wird.